

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.

Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neu- Nachrichten) — (Niederwalder Zeitung)

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 584

Nr. 41.

Dienstag, den 6. April 1920.

28. Jahrgang

Die Vernunft siegt.

Die Erörterung der Frage der Revision des Versailler Vertrages ist in den Blättern der Entente-Mächte wahrnehmbar. Infolge der Krise in Deutschland etwas in den Hintergrund getreten. Trotzdem werden in dem gegnerischen Lager immer noch Stimmen laut, die sich für eine Wahrung der drückenden Vertragsklauseln einsetzen. Besonders die italienische Presse ist eifrig bemüht, dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Als eine Probe für die italienische Auffassung sei ein Artikel der „Idea Nazionale“ wiedergegeben, die als Organ der nationalistischen Partei mit am lautesten in das Kriegsgeschrei geklungen hat. Er ist vom Prof. Luigi Moro in der Handelshochschule in Paris verfaßt.

In der Lage, worin sich Deutschland heute befindet, kann es einfach materiell nicht leben. Die Zerstörungen durch den Krieg sind hauptsächlich im Gebiete des Untergrundes eingetreten. Die Organisation der Erzeugung ist es ermöglicht, daß auf engem Raume fast achtzig Millionen Deutsche leben, ist untergraben worden. Einmal phantasiert haben die Leute, welche während des Krieges vertrieben, Deutschland habe Tonnen auf Tonnen von Produkten aufgestapelt, um sofort die europäischen und überseeischen Märkte wieder zu überschwemmen und durch ein neues „dumping“ die Grundlagen für die deutsche Wirtschaftsausbildung neu zu legen. Die deutsche Erzeugung an Friedenswaren war während des Krieges und ist jetzt noch mehr erschöpft. Sie ist erschöpft durch die Zerstörung und Zerspaltung der Kapitalien, durch die Abnutzung der Maschinenanlagen, und durch die gründliche Preissteigerung, welche jetzt ungeheuer gewachsene Betriebskapitalien nötig macht. Und es ist schwer, Kredit zu beschaffen, umso schwerer, als der Krieg den deutschen Handel, die deutschen Schiffe hinweggenommen, die Abnahme entfremdet und den deutschen Kaufmann mit einer Atmosphäre von Haß und Mißtrauen umgeben hat. Und doch ist es eine Notwendigkeit für Europa, daß Deutschland geneset. Wenn die Verteidigung vor dem Volkswirtschaftsleben so schwer ist, während diese Krankheit noch eine barbarisch-asiatische und ihr Herd so weit von uns entfernt ist, wie würde da unsere Lage werden, wenn wir uns in einem der kultiviertesten Länder in Mitteleuropa befinden? Aber selbst, wenn das Uebel nicht über Deutschland hinausgriffe und es uns verschonte, so mühte sich die wirtschaftliche Desorganisation von Mitteleuropa die ganze europäische Wirtschaft schwächen und zerstören. Wenn Deutschland nicht ohne Europa leben kann, wie das die Kriegesklodde beweisen hat, so kann andererseits auch Europa ohne Deutschland nicht gedeihen. Im europäischen Handelsverkehr stellt Deutschland vor dem Kriege von einem Drittel bis zur Hälfte des Gesamtumsatzes dar. Mancher heimische Feind wird einwenden, daß nun ein jeder seinen eigenen Bedarf herstellen wird. Dieser Einwand ist verfehlt gegen eines der Grundgesetze der Volkswirtschaft, nämlich das von der Teilung der Arbeit. Aber natürlich bei der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland kann man von der Mitwirkung Deutschlands nicht absehen. Rußland besitzt nicht nur selbst ungeheure natürliche Hilfsquellen sowohl für Industrie wie für Landwirtschaft, sondern es ist auch der Weg, auf dem Europa zu den Mineralreichen des nördlichen und westlichen Asiens gelangen kann. Nun wohl, die Zusammenarbeit Europas mit Asien und die Ausbeutung der ungeheuren natürlichen Reichtümer Rußlands, die allein dem europäischen Weltteil die wirtschaftliche Unabhängigkeit wiedergeben können, kann nur auf dem Weg über Deutschland geschehen. Das gewerbliche Rußland, das am Kaspian seinen Schwerpunkt hat, ist näher an Berlin als an irgend einer anderen europäischen Hauptstadt. Man kann noch hinzufügen, daß die Deutschen Rußland, seine Sprache und seine Märkte kennen und zu den Europäern gehören, die sich am meisten mit den Russen vermischt haben, so daß sie die einzigen sind, um eine wirksame Zivilisationsarbeit zu vollbringen. Der Krieg hat Europa vor der deutschen Knechtschaft gerettet. Es wäre schrecklich, wenn der Abhängigkeit von Deutschland, das doch immerhin eine europäische Macht ist, die Abhängigkeit vom überseeischen Amerika folge. Damit Europa die Früchte des Sieges pflücken kann, ist es nötig, daß man jeden Gedanken an eine antideutsche Koalition fallen läßt und daß ein europäisches Wirtschaftsbewußtsein bildet. Es ist nötig, daß die europäischen Sieger ihre wirtschaftliche Politik diesem Bedürfnis unterordnen. Es wäre ein trauriger Irrtum, dessen Folgen wir Italiener übersehen können, wenn wir uns auf eine von den wirtschaftlichen Ereignissen überhastetes politisches Dogma verließen. Der Krieg ist gegen Deutschland beendet.

Man weiß, daß die Politik mit nirgends schärfer kritisiert und bekämpft wird als von den Nationalisten und ihrem Organe. Aber in der Forderung, im europäischen Interesse die Wiederherstellung Deutschlands möglichst energisch und schnell zu betreiben, sind sogar die Antipoden in der nationalen Politik einig.

Zur Tagesgeschichte.

Aus dem Reichsrat.

Der Reichsrat nahm den Gesetzentwurf über die beschränkte Ausfuhr aus dem Strafregister in der Fassung der Nationalversammlung an und beriet dann über die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über die Außenhandelskontrolle vom 20. Dezember 1919, die den Außenhandelsstellen eine rechtliche Grundlage geben wird. Sachliche Sachverwaltungsorgane der verschiedenen Wirtschaftsklassen werden mit räumlicher Zuständigkeit für das ganze Reich gebildet, auch können für sachliche Untergruppen Außenhandelsstellen errichtet werden. Die Aufsicht und Leitung führt der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen. Die Selbstverwaltung wird ausgeübt vom Außenhandelsausschuß, der paritätisch gebildet ist von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von Vertretern der Erzeugung, des Handels und des Verkehrs. Der Geschäftsleitende Vorsitzende des Ausschusses ist ein Reichsbeauftragter. Es werden im ganzen Reich Abgaben und Gebühren erhoben. Endlich wird eine Ausfuhrabgabe für soziale Zwecke erhoben, deren Höhe vom Reichswirtschaftsminister und vom Finanzminister bestimmt wird.

Die Bezahlung der Streiktage.

Der Verband „Berliner Metallindustrieller“ hatte den Arbeitern unter Ablehnung der Bezahlung der Streiktage ein Angebot gemacht, jedem Arbeitnehmer 100 Mark, jeder Arbeiterin 65 Mark und allen jugendlichen Arbeiterinnen 40 Mark zu zahlen unter der Voraussetzung, daß die Arbeiterschaft sich bereit erkläre, den durch den Generalstreik entstandenen Produktionsausfall durch eine Notarbeit von 50 Stunden in den nächsten 4 Monaten einzuholen. Dies Angebot ist von den Arbeitnehmervertretungen abgelehnt worden.

Einigung im Versicherungsgewerbe.

Die Verhandlungen, die am 27. März 1920 unter dem Vorsitz von Dr. Weigert im Reichsarbeitsministerium über die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Versicherungsgewerbe stattfanden, haben zu einer vollen Verständigung geführt. — Wie erinnert, hatte der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen auf Grund landwärtiger Verhandlungen am 3. Januar 1920 mit dem Gewerkschaftsbund der Angestellten einen Tarifvertrag abgeschlossen, der jedoch von einem großen Teil der im Zentralverband der Angestellten und im Gewerkschaftsbund der Angestellten organisierten Arbeitnehmer wegen unzureichender materieller Zugeständnisse abgelehnt worden war. Auf Antrag der beiden letzten Verbände wurde zur Entscheidung über die verbliebenen Streitfragen ein Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium gebildet. Dieser sollte am 27. Februar einen Schiedsspruch, der von den beiden Gewerkschaften anerkannt, von dem Arbeitgeberverband, der den Verhandlungen ferngeblieben war, jedoch zunächst abgelehnt wurde. Nachdem der Reichsarbeitsminister dem Arbeitgeberverband zugesagt hatte, seine Bemühungen um eine den erhöhten Verwaltungsumfängen entsprechende Erhöhung ihrer Einnahmen bei den zuständigen Behörden unterstützen zu wollen, ist nunmehr eine Einigung zustande gekommen, danach erhalten die Angestellten der Direktionen und Verwaltungs-Generalagenturen die materiellen Leistungen nach dem Schiedsspruch vom 27. Februar 1920 in Form von Teuerungszulagen. Die Zulagen für das erste Vierteljahr 1920 werden bereits am 1. April ausbezahlt. Der Arbeitgeberverband wird ferner darauf hinwirken, daß bereits der diesjährige Urlaub mindestens 10 Tage betrage. Es soll versucht werden, für die Angestellten der Provisions-Generalagenturen eine den obigen Vereinbarungen entsprechende Regelung durchzuführen. Eine Tarifregelung für Einnehmer und Außenbeamte, soweit sie durch den Tarifvertrag nicht erfasst werden, wird ebenfalls betrieben.

Oesterreich und Italien.

Der österreichische Staatskanzler Renner wird in den nächsten Tagen nach Rom reisen, wobei politische und wirtschaftliche Zwecke in Frage kommen. In seiner Begleitung werden sich der Staatssekretär für Volksernährung und der Staatssekretär für Verkehr befinden. Die Reise des Staatskanzlers nach Belgrad war schon festgesetzt, als dort ein Regierungswechsel eintrat, der die Verhandlungen verzögerte. Inzwischen näherten sich die Besprechungen mit der italienischen Gesandtschaft dem Abschluß, und somit wird die Reise nach Rom, zu der die Einladung nunmehr von italienischer Seite erfolgt ist, vor der Belgrader Reise stattfinden. Ueberraschend kommt sie keineswegs, sie war seit langem vorbereitet.

Vereinigtes und Italien.

Der österreichische Staatskanzler Renner wird in den nächsten Tagen nach Rom reisen, wobei politische und wirtschaftliche Zwecke in Frage kommen. In seiner Begleitung werden sich der Staatssekretär für Volksernährung und der Staatssekretär für Verkehr befinden. Die

Reise des Staatskanzlers nach Belgrad war schon festgesetzt, als dort ein Regierungswechsel eintrat, der die Verhandlungen verzögerte. Inzwischen näherten sich die Besprechungen mit der italienischen Gesandtschaft dem Abschluß, und somit wird die Reise nach Rom, zu der die Einladung nunmehr von italienischer Seite erfolgt ist, vor der Belgrader Reise stattfinden. Ueberraschend kommt sie keineswegs, sie war seit langem vorbereitet.

Die Randstaaten.

Die litauische Telegraphen-Agentur meldet: Da kein russischer Soldat mehr auf litauischem Boden steht, hat sich die litauische Regierung bereit erklärt, mit Rußland in Friedensverhandlungen einzutreten. Die wichtigste Friedensbedingung ist die bedingungslose Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens innerhalb seiner ethnographischen Grenzen, d. h. den früheren russischen Gouvernements Wilna, Kowno, Grodno und Suwalki mit der Hauptstadt Wilna.

Amerika und der Friede.

Die von den Führern im amerikanischen Kongreß vorbereitete Entschließung, in der der Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt wird, ist im Repräsentantenhaus eingebracht und an einen Ausschuß verwiesen worden.

Der „Frieden“ von Münster.

Der Verlauf der Einigungsverhandlungen.

Am 31. März haben zwischen der Reichsregierung, den drei sozialistischen Parteien und den Vertretern des Offener Zentralkomitees unter dem Vorsitz des Ministers C. v. D. erneut Verhandlungen stattgefunden, um den Kampf im Industriegebiet zum Abbruch zu bringen. Wegen der großen Tragweite dieser Verhandlungen für die gesamte Arbeiterschaft im Reich hatten der Allgemeine Gewerkschaftsbund und das Vorstandsmitglied Diebel, der Parteivorstand der D. S. P. sein Mitglied Kollmershaus zu den Verhandlungen entsandt. Alle Vertreter aus dem Ruhrrevier brachten zum Ausdruck, daß die sogenannte Rote Armee im wesentlichen an der Front verblieben sei, weil durch das allmähliche Vorrücken der Reichswehrtruppen in allen Arbeiterkreisen der Einzug des „weißen Schreckens“ befürchtet werde. Einzelne Vorkommnisse gaben zu dieser Besorgnis genügend Anlaß. Deshalb drühte es sich bei den Verhandlungen in der Hauptsache um die Festhaltung der Truppen an der Front. Die Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Troste wurde auf dieses Vorzeichen zurückgeführt. Es wurde kein Hehl daraus gemacht, daß solche Sabotageakte in bedenklichem Maße zu befürchten seien, wenn die Reichswehr nicht angehalten werde. Die Vertreter aus dem Ruhrrevier versicherten, daß die Stimmung der ganzen Arbeiterschaft absolut für den Abbruch des Generalstreiks und für die Auflösung der Roten Armee sei, sofern sicherer Schutz gegen den befürchteten „weißen Schrecken“ geboten werde. Durch die Verhandlungen der Gewerkschaftsorganisationen und der Parteien mit der Reichsregierung in Berlin am 31. März waren die Möglichkeiten geschaffen, die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im westlichen Industriegebiet zu erfüllen.

Der Inhalt des Abkommens.

Aus den Einigungsverhandlungen in Münster ergeben sich für die Arbeiterschaft u. a. folgende Verpflichtungen:

1. Sofortige Einstellung des militärischen Kampfes und sofortige Auflösung der Roten Armee bis spätestens 2. April, 12 Uhr mittags. Die Unternehmer sind gehalten, alle bisher beschäftigten Arbeiter, die an den Kämpfen teilgenommen haben, wieder einzustellen.
2. Sofortige Freilassung der Gefangenen.
3. Sofortige Abgabe der Waffen, Munition und der erbeuteten Heeresgeräte an den Stellen, die von den jetzt bestehenden Vollzugs- und Aktionsausschüssen in Gemeinschaft mit den Gemeindebehörden festzustellen sind, bis spätestens 10. April.
4. Bis 10. April muß in jeder Gemeinde von den organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten sowie den Mehrheitsparteien ein Ordnungsausschuß gebildet sein, der bei der Durchführung des Sicherheitsdienstes mitwirkt. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird darauf zu achten haben, daß sie entsprechend ihrer Stärke im Ordnungsausschuß vertreten ist.
5. Zur Unterstützung der Sicherheitsorgane ist vom Ordnungsausschuß eine Ortswehr aus der republikanischen Bevölkerung, insbesondere den organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten zu bilden. Sämtliche Einwohnerwehren sind aufzulösen.
6. Die verfassungsmäßigen Behörden dürfen in der Ausübung ihrer Ämter nicht behindert werden. Die Regierung ist auf Grund der Vorfälle der Vereinbarungen an folgendem verpflichtet:

1. Sörmige Straßensicherheit für die bis 2. April, 12 Uhr mittags an den Kämpfen beteiligten Arbeiter. Als Aufrechter gilt nur derjenige, der nach dem 2. April mittags 12 Uhr, noch zum Zwecke des Kampfes gegen die versassungsmäßigen Organe Waffen führt.
 2. Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Standrechts bis zum 2. April, 12 Uhr mittags, Aufhebung des allgemeinen Ausnahmezustandes bis spätestens 10. April.
 3. Jeder Einmarsch der Regierungstruppen in das Industriegebiet ist zu verhindern.
 4. Prüfung des gegen General Watter eingereichten Materials wegen seiner konterrevolutionären Betätigung.
 5. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller an dem konterrevolutionären Putsch vom 13. März beteiligten Personen.
 6. Auflösung aller der Verfassung nicht treu gebliebenen militärischen Formationen und ihre Ersetzung aus Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angehörigen und Beamten.
- Es folgen sodann die bekannten bei dem Abbruch des Berliner Generalsstreiks mit den Gewerkschaften und Parteivorständen vereinbarten Punkte.
- Die Vollversammlung der Vollzugsräte beschließt die Aufhebung des Generalsstreiks für das gesamte Industriegebiet. Sie wird sofort die Arbeiterschaft wieder zum Kampfe aufrufen, wenn die Regierung nicht die durch die Vereinbarungen in Düsseldorf und Münster übernommenen Verpflichtungen erfüllt.

Die Rufe an der Ruhr.

Verschärfung der Lage.

Nach den aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet vorliegenden Meldungen macht sich die durch die bedrückende Erledigung der vom Reichskommissar Severing geführten Verhandlungen eingetretene Entspannung leider an vielen Orten noch nicht geltend. Es trat im Gegenteil an einzelnen Stellen eine Verschärfung der Lage ein, die sich daraus erklärt, daß die linksradikalen Elemente fühlen, wie die gesamte Entwicklung im Ruhrrevier eine für sie ungünstige Wendung genommen hat. Sie versuchen daher, mit noch schärferen Mitteln als bisher, ihre Macht zu befestigen. Auch ist zu berücksichtigen, daß an vielen Orten durch längere Ausdauer des Generalsstreiks und im besonderen durch die verheerende Lebensmittelpenurie eine natürliche Verschärfung der Lage sich bemerkbar machen muß. Nach übereinstimmenden Meldungen ist jetzt schon im ganzen Gebiet die Mehrheit der Arbeiterschaft gegen eine Weiterführung des Streiks, jedoch werden vielfach Arbeitswillige mit Gewalt an der Arbeit behindert. So wurde z. B. die Belegschaft des Georg-Marien-Vergewerks in Herne durch Bewaffnete gewalttätig von der Einsicht abgehalten. Bewaffnete Banden drohten, die Zeche Hermann in Vort zu zerlegen zu wollen. Die Disziplin der roten Horden scheint sich mehr und mehr zu lockern. Ausschreitungen und Plünderungen sind an der Tagesordnung: zum Teil wird sogar ein Zwang auf die Eisenbahnen ausgeübt, in die rote Armee einzutreten oder Schanzarbeiten für sie zu verrichten. Vielfach wurde der Eisenbahnverkehr durch Aufreißen der Gleise unterbrochen. Aus dem Kreise Lüdinghausen werden einige Fälle von Plünderungen von Landröhren und von Brandstiftungen gemeldet. Wie in manchen anderen Orten wird auch in Essen die Lage von bewaffneten Banden beherrscht die nicht mehr in der Hand des Vollzugsrates sind. Diese Leute haben das Rathaus besetzt und mit Gewalt den Generalsstreik erzwingen. Die Stadtverwaltung wird mühsam aufrecht erhalten. Die Banden sind geschlossen, Eisenbahnen und Straßenbahnen liegen still. Von bewaffneten Banden wurden einige Versuche gemacht, die Werksdirektoren zu verhaften, in manchen Fällen mit Erfolg. Vielfach erzwingen bewaffnete Kommunisten die Lohnauszahlung bei den Stadtkassen. Dies geschah u. a. in Gelsenkirchen und Düsseldorf, wo die Stadt einige 50 000 und die Banken 100 000 Mark, der Gewalt weichen, ausbezahlen. In Düsseldorf vernichtete die so genannte Rote

Sicherheitswehr der Stadt eine tägliche Ausgabe von 26 000 Mark. In Hamburg bewilligte die Stadtverordnetenversammlung auf Grund einer kommunistischen Entscheidung 200 000 Mark Löhnung für die bewaffneten Aufrechter. Der Hamburger Vollzugsrat hält zurzeit noch verhältnismäßig gute Ordnung. Führer der Roten Armee im Hamburger Abschnitt ist ein gewisser Dedeo, wahrscheinlich ein Mühlheimer Zuchthausler. In der Gegend von Düsseldorf wird gekämpft. In der Stadt selbst ist Geld und Lebensmittelpenurie auf höchste gestiegen. Bezeichnend ist, daß mehrheitssozialistische und unabhängige Arbeiterführer durch die Kommunisten mit Gewalt gehindert wurden, nach Münster zur Verständigung mit den Reichsbehörden zu fahren. Mindestens 90 Prozent der Arbeiterschaft des Industriebezirks sind für die Wiederherstellung der Ordnung und Weiterführung bezw. Wiederaufnahme der Arbeit.

Ein neues Gefuch nach Paris.

Da die aus dem Ruhrgebiet kommenden Nachrichten sich ständig verschlechtern, ist der deutsche Geschäftsträger in Paris in der Nacht vom 31. März zum 1. April durch dringliche Instruktion aufgefordert worden, nochmals bei der französischen Regierung wegen des Einmarsches in die neutrale Zone vorstellig zu werden. Die Instruktion weist zunächst darauf hin, daß durch das Einmarschverbot die deutsche Regierung in eine überaus schwierige Lage verkehrt worden sei. Es wird festgestellt, daß nach dem Telegramm des Geschäftsträgers vom 30. März über die schriftliche Bestätigung seines Telefonats mit dem Votschaffter Paleologue die deutsche Regierung mit Bestimmtheit annehmen müßte, daß die grundsätzliche Zustimmung der Alliierten zu dem Vorgehen erteilt worden sei, und es lediglich noch von Formalitäten abgehängt hätte, die Einzelheiten festzulegen. Es wird weiterhin darauf aufmerksam gemacht, daß in Paris eine Änderung in der Auffassung der Lage stattgefunden haben müsse.

Die Instruktion enthält dann eine genaue Darlegung aller der Umstände, die es der deutschen Regierung zur Pflicht machen, ihr dringliches Ersuchen um sofortige Einmarschverbot nochmals zu wiederholen. Im besonderen wird geschilbert, wie durch die den Führern immer mehr entgleitenden bewaffneten Banden das Industriegebiet, von dessen Arbeitsfähigkeit nicht nur Deutschlands Lebensmöglichkeit abhängt, aufs äußerste gefährdet sei und daß diesen marodierenden Banden durch Verweigerung des Einmarsches geradezu Vorschub geleistet und ein Anlaß geschaffen werde. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die Nahrungsmittelpenurie des gesamten Ruhrgebietes sich ins Unerträgliche gesteigert habe, daß aber die Zufuhr von Nahrungsmitteln sich nicht ermöglichen lasse, wenn nicht ein entsprechender militärischer Schutz verhindere, daß die Nahrungsmittel in die Hände der genannten Banden fallen. Der deutsche Geschäftsträger ist ersucht worden, die französische Regierung ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß das Schicksal des gefährdeten Gebiets von Stunden abhängig sei. Der Geschäftsträger hat seinen Auftrag Donnerstag morgen ausgeführt.

Zwischen haben sich die Nachrichten aus dem Ruhrgebiet noch verschlechtert. Der Auflösungsprozeß der roten Banden steigert sich von Stunde zu Stunde und ist eine verheerende Bedrohung der gesamten Bevölkerung. Die Hochöfen stehen vor dem Erlöschen, die Gasanstalten sind nur noch auf wenige Tage versorgt, Liebesgaben und Gewalttaten mehren sich.

Befreiung aus furchtbarer Not.

Die Bevölkerung des Ruhrgebietes hat böse Omen erlebt. Doch brachten diese Tage endlich Befreiung aus furchtbarer Not. Die Rote Armee, die eigentlich, wie sich jetzt zeigt, nie als fest geschlossene Truppenmacht bestanden hat, war schon seit einigen Tagen in Auflösung begriffen. Plündernde und mordende Banden zogen sich von der Front zurück und suchten das Land furchtbar heim. Gegen Ende der letzten Woche war im Ruhrrevier ein vollkommenes Chaos eingetreten. Die Verhandlungen von Münster hatten sich ebenso wie die früheren von Biele-

feld als nutzlos erwiesen, denn die Arbeiterführer hatten keine Macht mehr über die Massen. Es blieb kein anderer Weg mehr als mit Waffengewalt die Ruhe wiederherstellen. Die Reichsregierung spricht von einer Aktion, nicht von einem militärischen Vorgehen. Offenbar will sie damit beruhigend wirken. Die schnellen Erfolge der Reichswehr, die rasche und zum Teil ohne Widerstand vollzogene Besetzung der meisten Städte des Ruhrgebietes beweisen, daß die Macht der sogenannten Rote Armee stark übertrieben wurde. Berichterstatter großer Blätter, wie z. B. die „Frankfurter Zeitung“, sprachen von einer wohlorganisierten Armee und wiesen dringend vor Anwendung von Gewalt. Die Regierung hat sich offenbar durch solche Berichte über die tatsächlichen Machtverhältnisse im Aufstandsgebiet täuschen lassen und suchte zu verhandeln, statt mit der Waffe gegen die Rebellen vorzugehen. Die Bevölkerung des Ruhrgebietes wird der Reichsregierung ihre Haltung nicht verzeihen.

Die Reichswehr im Ruhrrevier.

Berlin, 5. April. (Amtlich.) Die Polizei im Industriegebiet nimmt ihren planmäßigen Betrieb. Um Städte und Ortschaften und insbesondere die ländliche Bevölkerung zu schonen, enthält sich die Reichswehr aller nicht unbedingt erforderlichen Kampfhandlungen. Unter den Truppen befinden sich mehrere süddeutsche Formationen. Zur Zeit steht die Reichswehr nördlich Bottrop, das noch nicht besetzt ist. Westlich von Dortmund, in das soeben die ersten Reichswehrabteilungen eingezogen sind, gehen die Truppen auf der Linie Essen-Ramen gegen erheblich stärkere Abteilungen der Roten Banden vor. Auch im Landkreise Hörde schreitet Säuberungsaktion vorwärts. Der Bahnhof Witten wurde von Roten Banden gestürmt, ebenso die Zeche An und Glückauf. In Dortmund selbst haben erhebliche Plünderungen stattgefunden. In Essen nehmen Plünderungen ihren Fortgang. Die Konsumwaren gestern Abend beraubt worden. Auch die ländliche Bevölkerung zwischen Essen und Mülheim a. d. R. ist erheblich durch Plünderungen. Sehr ernst ist noch die Lage in der Stadt Mülheim, wenn sich auch das dort der Roten Banden, die dort gelegen haben, zu verhalten beginnt. Der Abgeordnete Huse hat ausdrücklich erklärt, daß eine Befriedigung von Essen und Mülheim a. d. R. Einsetzen von Militär nicht durchführbar sei. Es wird erwartet, daß am Dienstag oder Mittwoch Essen besetzt werden kann. Der Zentralrat soll aus Essen geflohen sein. Angeblich hätte er sich nach Barmen begibt. Wie überhaupt im Bergischen Lande, so herrscht auch in Düsseldorf im großen und ganzen Ruhe und Ordnung. Der Reichskommissar Severing erklärte, es sei ein Raum von etwa sechs Tagen erforderlich, um die Säuberungsaktion im Ruhrgebiet durchzuführen.

Frankreich verlangt die Zurückziehung der Reichswehr.

Paris, 4. April. (Havas.) Millerand hat gestern Abend an den deutschen Geschäftsträger Manes schreiben, in welchem er darauf hinweist, daß er die sofortige Zurückziehung der im Ruhrgebiet in größerer Zahl einrückenden Truppen dringend verlange. Er erklärte, Frankreich könne keine Abweichung von Artikel 44 des Versailler Friedensvertrages gestatten. Millerand fügte hinzu, daß heute amtlich festgestellt sei, daß die Zahl der deutschen Truppen im Ruhrgebiet die erlaubte Stärke überschreite und daß der Reichskom-

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knob.

7) (Nachdruck verboten.)
„Ich brauche keinen Vormund mehr, am allerwenigsten einen sechsundzwanzigjährigen in Weibschößen“, brauchte nun auch Hellmut auf. „Ich gehe meine eigenen Wege, wenn es nicht anders sein kann. Onkel Waldeemar nimmt mich mit Freuden auf. Dann habt Ihr ja wohl endlich euer Ziel erreicht.“
Agnes verzuckte sich. Ihre schönen, dunklen Augen blitzten unheimlich auf.
„Ahl! Das hat er dir heute zugesichert! Das weißt du seit heute!“ preßte sie mit Anstrengung zwischen den Zähnen hervor.
„Habe ich immer gewußt.“
„Immer? Das glaube ich nicht. Weshalb hast du von seinem Anerbieten nicht schon Gebrauch gemacht?“
„Weil ich den Bruch so lange wie möglich hinauschieben wollte; weil ich Schloß Damerow nicht erneut dem Gespött preisgeben wollte und mich nicht zum Gegenstand des Mitleids machen wollte. Lieber die eigenartigen Verhältnisse preisgeben als die Späßen auf den Lächeln.“
„Du bist neidisch, weil Papa mir mehr Vertrauen schenkt als dir, weil er mir die Rechte einer Schlossherrin in seiner Abwesenheit übertragen hat. Wenn die Leute das eigenartig finden, dann beweist es nur, daß sie viel zu fern stehen, um Dinge richtig beurteilen zu können.“
„Nicht Reich spricht aus mir, sondern der Verdruß über die unnatürliche Zurücksetzung, die hier herrscht, und die auch jedem Unbeteiligten auffallen muß. Der älteste Sohn wird in die Rolle eines abhängigen Inspektors gezwungen, und die jüngere Stiefschwester führt mit dem Vater zusammen das Regiment, hegt, spioniert, intrigiert, verheimlicht nach Herzenslust, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden. Der Vater, dem eine Wunde vor den Augen liegt, läßt alles geschehen, weil er nicht mehr die Kraft besitzt, sich aus den Weiberhänden freizumachen.“
Auch dem Vagabundierten mußte endlich wohl die Galle übergehen, der jahrelang in seinem Innern auf-

gehäufte Groll schwall plötzlich so mächtig an, daß ihm ein Abzugsanfall geschaffen werden mußte, wollte er, Hellmut, nicht daran erkranken.

Agnes sah den Vater neben sich sprachlos an. Neugierige Empörung über das soeben Gehörte war deutlich in ihrem Gesicht zu lesen.

„Du redest ja heute eine Sprache, die nicht fähner sein kann, mein Lieber“, fuhr es ihr eifrig heraus. „Wir wollen mal hören, wie Papa sich dazu stellt, wenn er zurückkommt.“

„Eine entscheidende Aussprache in dieser Beziehung fürchte ich nicht“, gab Hellmut zur Antwort. „Einmal mußte es doch dazu kommen. Schon allein der Gedanke, daß ihr die natürlichen Bande, die heiligsten Gefühle der Freundschaft, die mich mit meinen Onkeln verbinden, ertöten oder aus meiner Brust herausreißen möchte, läßt mich zu heiler Rebellion aufstehen. Weshalb das? Die Paraphrasen sind die einzigen, die mich verstehen — die Gefühle für mich haben. Oder tragt ihr etwa Sorge, daß meine hübsche Cousine Adele Gefallen an mir finden könnte? Wahrscheinlich! Da muß schon ein Adonis wie Egon kommen, um Eindruck zu machen! — Außerdem hätte sie jetzt auch Auswahl. Der ganze Ingenieurstab der neuen Bahn ist ja, wie man hört, immer noch dort einlogiert.“

War es Zufall oder Absicht, daß Hellmut seine Schwester jetzt mit einem langen Blicke freilegte? Er sah, wie ein feines Rot vom Halse heraufstieg und ihr Antlitz förmlich in Glut tauchte. Da ging auch in seinem Innern etwas vor. Seine Augen erweiterten sich. Ihm war plötzlich der Erkenntnis gekommen, daß seine Schwester eine besondere Ursache, ein ganz bestimmter persönlicher Zweck in den Wald geführt hatte.

Erinnerungen an eine gar nicht weit zurückliegende Zeit tauchten in ihm auf, wo auch Schloß Damerow der Sitz der Oberleitung des Bahnbauwesens gewesen war. Er sah wieder, mit welcher Lebhaftigkeit Agnes an allen technischen Fragen Anteil nahm, wie sie immer von neuem begehrte, in die Einzelheiten der auszuführenden Arbeiten eingeweiht zu werden, also ein Gebiet, das dem Interessent einer Frau im allgemeinen sehr fern liegt. Er beobachtete, wie häufig sich Agnes von dem leitenden Oberingenieur orientieren ließ, wie sie

Blut förmlich an seinem Munde hing; wie sie in der Gegenwart ein ganz anderes Wesen zur Schau trug, als er es sonst an ihr kannte.

Aber er glaubte auch wahrgenommen zu haben, daß derjenige, dem sie sich mit solcher auffälligen Passivität näherte, nur im Anfang von ihrem Verlangen bestritten wurde, daß man eine allmähliche Wandlung sah — daß er sich seltener sichtbar machte und schließlich auswich, wo er es, ohne unhöflich zu scheitern, durchführen konnte. Ja, die Abweisung der Anwesenheit auf Schloß Damerow gegenüber der vorübergehenden festgelegten Zeit glaubte er jetzt auf die Abneigung des Vaterleides zurückführen zu müssen.

In diesem Augenblick wurde Hellmut alles klar. Er hatte recht gesehen. Schme! entschlossen ging er her zum Angriff über, indem er fortfuhr:

„Wenn ich dasartig wäre, könnte ich deine Fahrt nach dem neuen Bahngelände Motive unterlegen, die mit der Wahrheit besser übereinstimmen dürften, als deine Beschuldigung mir gegenüber.“

Sie wandte betroffen den Kopf zur Seite. Blicke in ein entstelltes Gesicht, aus dem alle Blut gewichen war.

„Du bist ich neugierig, mit welchen Ansinnen mir dienen wirst“, entgegnete sie mit erschütterter Stimme. Aber ihre Stimme vibrierte vor Erregung.

„Du tönnest z. B. das Bedürfnis gehabt haben, eine Begleitung mit dem Oberingenieur Hirschfeld bei der neuen Bahn herbeizuführen, der damals einige Wochen unser Gast war, und deine Ausfahrt dazu mehr deinen als meinen Interessen gewidmet verfehlte er kühl.“

Nach ehe er die letzten Worte vollendet hatte, trat ein von ihrer Hand geführter Felsstein in sein Gesicht so unermittelt, daß es sich hoch aufbaute und der Ketter abwarf und dann in rasendem Tempo quer über die Felder zum Schloß glosplante. Ohne sich um ihren Bruder zu kümmern, sagte Agnes mit ruhiger Würde davon, als wenn sie von Furtien vertrieben würde.

(Fortsetzung folgt.)

von der Regierung volle Handlungsfreiheit für ihre Ver-
wendung im Ruhrgebiet erhalten habe, und schließlich, daß
während der Angriffe der Reichswehr am 2. April begonnen habe.
Müllerand stellte weiter fest, daß die deutsche Regierung
durch den plötzlichen Angriff den Artikel 44 des Vertrages
verletzt habe, was einen feindseligen Akt bedeute
und den Frieden der Welt stören müsse. Müllerand erklärte,
er werde später Mager die Entscheidung Frankreichs zur
Kenntnis bringen.

Befegung von Frankfurt, Darmstadt und Hanau.

Frankfurt, 6. April. Heute morgen um 5 Uhr
ist die Stadt Frankfurt von französischen Truppen besetzt
worden. Der Verkehr mit dem nichtbesetzten Deutschland
ist im allgemeinen verboten.

Die Linie Homburg-Frankfurt-Hanau-Darmstadt ist
gestern Nachmittag und im Laufe der Nacht von fran-
zösischen Truppen besetzt worden. Die vollziehende Gewalt
liegt in den Städten Frankfurt, Darmstadt und Hanau
in den Händen der Besatzungstruppen. Ob der Vormarsch
ohne Zwischenfall verlaufen ist, ist bis zur Stunde noch
nicht bekannt. Die heute früh in Frankfurt erschienenen
Blätter haben noch keine Berichte über die heute früh um
5 Uhr vollzogene Befegung der Stadt. Die Gründe des
französischen Vormarsches sind bekannt. Das Aufstands-
gebiet an der Ruhr liegt in der neutralen Zone, in der
nach den Artikeln des Friedensvertrages nur eine ganz
bestimmte Zahl deutscher Truppen sich befinden darf. Die
deutsche Regierung hat dies abgelehnt. Die Gründe der
deutschen Regierung nicht anerkannt und erklärte, sich nur
unter Gewährung von Garantien auf den Einmarsch der
Reichswehr einlassen zu wollen. Als Garantie wurde die
Befegung von Frankfurt, Darmstadt und Hanau verlangt.
Die deutsche Regierung hat dies abgelehnt. Inzwischen
verschärfte sich die Lage im Aufstandsgebiet immer mehr.
Verhandlungen erwiesen sich als nutzlos. Blühende Bänder
begannen ein Schreckensregiment. Aber auch jetzt noch
widersteht sich die französische Regierung dem Einmarsch der
Reichswehr und traf Vorbereitungen, für die Befegung der
genannten Städte, wenn die Reichswehrtruppen ohne Er-
laubnis Frankreichs einmarschieren sollten. Das ist am
Freitag geschehen. Die deutsche Regierung konnte nicht
mehr länger auf Verhandlungen mit Paris warten. Die
Reichswehr hat am Freitag den Vormarsch angetreten. In
einem Notenwechsel zwischen Berlin und Paris beharrte
Frankreich auf dem alten Standpunkt, daß der Vormarsch
eine Verletzung des Friedensvertrages darstelle, und daß
Frankreich das Recht habe, sich zur Sicherung gegen diese
Verletzung Garantien zu verschaffen. Die Befegung von
Frankfurt wurde gestern von der französischen Regierung
als nahe bevorstehend erklärt. Sie ist nun vollzogen.

Ein Aufruf.

Der Oberkommandierende der alliierten Besatzungs-
truppen, General Dogoutte, erläßt folgenden Aufruf:

An die Bevölkerung!

Die Berliner Regierung hat, unter dem Druck der
Militärpartei, eine plötzliche Offensive der Reichswehr
gegen die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes angeordnet.
Dadurch hat sie eine der wesentlichsten und feierlichsten
Bestimmungen des Friedensvertrages verletzt.

Im Laufe der bis heute währenden Verhandlungen
war die franz. Regierung stets bemüht, die deutsche Re-
gierung von diesem militärischen Vorgehen, das mit
einer Vorsicht hätte vermieden werden können, abzu-
halten.

Nichtsdestoweniger sind die Reichswehrtruppen in
das Ruhrgebiet eingerückt.

Die Regierung der franz. Republik sieht sich daher
gezwungen, sich ein Pfand zu sichern, damit die Berliner
Regierung ihrer Unterschrift nachkomme.

Deshalb habe ich den Befehl erhalten, die Städte
Frankfurt, Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg
sowie zu besetzen.

In diesem Augenblick halte ich für notwendig zu
erklären, daß diese Befegung keine feindselige Handlung
gegen die arbeitssame Bevölkerung dieses Gebietes be-
deutet.

Sie hat lediglich den Zweck, die Ausführung des
Vertrages zu sichern und wird aufhören, sobald die
Reichswehrtruppen die neutrale Zone vollständig geräumt
haben.

Der Oberkommandierende General der Alliierten
Besatzungstruppen, gez. Dogoutte.

Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 6. April 1920.

Belagerungszustand in Wiesbaden Stadt und Land.

Die Bekanntmachung des Generals Dogoutte vom
6. April erklärt den Belagerungszustand auch für
Wiesbaden-Stadt und Land; Wiesbaden ist ausgenommen.
Jeder Streik ist untersagt. Alle Versammlungen, auch

private, sind ohne besondere Genehmigung der fran-
zösischen Behörde verboten. Die Zeitungen sind der
Zensur unterworfen. Der Belagerungszustand tritt
heute schon in Kraft.

* Nach dem Feste. Wieder einmal ist uns das
Osterfest gründlich verregnet. War man auch vom April
auf allerlei Ueberraschungen von vornherein gefaßt, so
hatte im Stillen doch jeder gehofft, wenigstens an diesen
beiden Feiertagen etwas weniger von der tödlichen
Launenhaftigkeit des April zu spüren zu bekommen.
Leider mußte diese Hoffnung enttäuscht werden wie schon so
manche andere vordem. An einen Spaziergang oder
gar an ein Sitzen im Freien war nicht zu denken, und
die wenigen Unentwegten, die es trotzdem wagten, mußten
entweder in dem Verdachte stehen, lebensüberdrüssig zu
sein oder aber von der Gefährlichkeit der Grippe keine
klare Vorstellung zu haben. Petrus aber sollte sich
schämen, denn soviel Rücksichtslosigkeit haben wir von dem
alten Herrn doch nicht erwartet.

** Mutterberatung. Es wird darauf hingewiesen,
daß die nächste Mutterberatung am Donnerstag, den
8. d. Mts. im ev. Schwersteinhause stattfindet.

* Turnersches. Der Turngau Süd-Nassau der
deutschen Turnerschaft hat seinen Arbeitsplan für das
laufende Jahr aufgestellt. Das turnerische Leben im Gau
ist wieder äußerst reger geworden; nicht allein das Männer-
turnen, sondern auch das Frauen- und Jugendturnen
drängt mächtig zur Betätigung; eine größere Anzahl
derselben hat bereits ihre gesundheitsfördernde Tätigkeit
ausgenommen. In vielen Turnvereinen haben sich Spiel-
runden zusammen getan, die alle Arten von Bewegungs-
spielen sowie auch das Schwimmen pflegen, so daß der
heranwachsenden Jugend in breitem Rahmen Gelegen-
heit zur körperlichen Entfaltung und Erleichterung ge-
boten ist. An mehreren Orten werden Vorturner-
lehrgänge eingerichtet. Am 2. Mai findet in Dohheim
eine Vorturner-Lehrstunde für Frauen turnen statt.
Eine Gau-Vorturnerstunde wird am 16. Mai zugleich
mit Gauwettkämpfen in Rüdeshelm abgehalten. Dasselbst
wird sich auch das Gau-Wettkampfen am 4. Juli abspielen,
das diesmal in besonders guter turnerischer Entfaltung
in großem Rahmen einen Glanzpunkt bilden wird; die
Einzelheiten werden den Vereinen noch bekannt gegeben.
Auch ein Wettkampfen der älteren Turner, von 35 Jahren
und darüber, wird die alten Kämpfer nochmals auf den
Plan führen; Vorführungen der Frauenabteilungen wer-
den einen neuen Ton in die bisher üblich gewesenen
Darbietungen bringen. Die Ausbreitung des so gefunden
Schwimmens soll mit Nachdruck gefördert werden; be-
sonders die am Rheine gelegenen Vereine haben in dem
großen Rheinstrom eine selten schöne Gelegenheit, diesen
Sport zu pflegen. Mitte September findet in den 4 Be-
zirken des Gau's ein Jugendwettkampfen statt für die
Jugend unter 17 Jahren. Zu Pfingsten aber werden
zwei prächtige Turnfahrten zum oberen Taunus und in
das Sauerbachtal die wanderfröhlichen Turner hinaus-
führen ins Grüne, durch Wald und Flur. Alles Nähere
erfährt man hier beim Turnverein.

* Dienstbetrieb bei der Versorgungsstelle Wiesbaden.
Die in der Donnerstagsausgabe erwähnten Verhandlungen in
Köln wegen Abbruch des Streiks der Versorgungsstellen im
besetzten Gebiet, haben am Freitag stattgefunden. Die
Regierungsvertreter haben die Notwendigkeit, daß den An-
gestellten im besetzten Gebiet geholfen werden muß, einerseits
anerkannt, andererseits haben sich die Angehörigen der Ver-
sorgungsstellen usw. bereit erklärt, sofort den Streik zu unter-
brechen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Angehörigen
knüpfen jedoch an diese Streikunterbrechung die Erwartung,
daß die Regierung bis zum 12. April die Angelegenheit
geklärt und den Angehörigen einen befriedigenden Bescheid
erteilt hat. Diese Verpflichtung haben die Regierungs-
vertreter übernommen. Demgemäß beginnt der Dienst bei
der Versorgungsstelle Wiesbaden am Dienstag, den 6. April,
vormittags 8 Uhr, in gewohnter Weise. Die Streikleitung
und die Angehörigen der Versorgungsstellen haben sich im
Interesse der Kriegsbeschädigten ohne weiteres, bereit erklärt,
daß durch den Streik entstandenen Verzögerungen in der
Bearbeitung der Rentensachen, durch unentgeltliche Ueber-
stunden sofort auszugleichen. Der Entschluß der Versorgungs-
stelle Wiesbaden, den Kriegsbeschädigten vor Ostern noch
den fälligen Rentenvorschuss auszuzahlen, ist von den Kriegs-
beschädigten in anerkennenswerter Weise begrüßt worden.
Hoffentlich trägt dieser Umstand erneut dazu bei, daß die
Beziehungen zwischen den Kriegsbeschädigten und der Ver-
sorgungsstelle weiterhin die besten bleiben.

* Auszeichnung. Laut einer ministeriellen Ver-
fügung vom 15. März 1920 wurde die Frau Elisabeth
Zuch, mit ihrem Klosternamen Schwester Ferdinande,
Krankenpflegerin im Lazarett zu Trier, zur ehrenvollen Er-
innerung an sie die goldene Ehrenmedaille zuerkannt.
Als Opfer ihrer Hingebung ist diese Dame gestorben,
indem sie französische Soldaten pflegte. Die Regierung
der französischen Republik hat deshalb ihrem Andenken
durch diese Auszeichnung eine wohlverdiente Huldigung
darbieten wollen.

** Aus- und Einfuhrverkehr des besetzten Gebiets.
Im Hinblick auf die kürzlich in den Tageszeitungen ver-
öffentlichten Mitteilungen sieht sich die Handelskammer ver-
anlaßt, auf folgendes hinzuweisen: Sämtliche für die Aus-
fuhr von Waren geltenden deutschen Bestimmungen sind
nunmehr von der Rheinlandkommission für das besetzte Ge-
biet anerkannt. Es sind jedoch als Uebergangsmassnahmen
von deutscher Seite Erleichterungen vorgegeben, insofern, als
auf gutgläubig abgeschlossene Verträge, die bereits durch
Zahlung ganz oder teilweise erfüllt sind, Rücksicht genommen
werden soll, soweit es irgendwie mit deutschen Interessen
vereinbar ist. Die Reichslage für die Ausfuhr aus dem

besetzten Gebiet ist danach ganz klar. Es dürfen nur noch
solche Waren ohne Genehmigung der zuständigen Stellen
ausgeführt werden, die ausdrücklich für die Ausfuhr frei-
gegeben sind. Die Waren sind in einer in der Geschäfts-
stelle der Handelskammer zur Einsicht ausliegenden Aus-
fuhrfreiliste zusammengestellt. Für den Versand aller
anderen Waren ist jedoch eine besondere Ausfuhr-
genehmigung nachzusuchen, und zwar bei den für die ein-
zelnen Industriezweige bzw. Warengruppen eingerichteten
Außenhandelsstellen oder, soweit solche nicht bestehen, bei
dem Beauftragten des Reichskommissars für Aus- und
Einfuhrbewilligung in Köln. Bezüglich der Einfuhr ist
dagegen die Verordnung vom 16. Januar 1917 (R. G.
Bl. SS. 41 ff., Neufassung vom 22. März 1920 im
Deutschen Reichsanzeiger Nr. 66 vom 29. März 1920)
von der Rheinlandkommission noch nicht anerkannt. An
sich ist demnach die Einfuhr im besetzten Gebiet (mit Aus-
nahme der wenigen bereits anerkannten Waren, wie Getreide,
Kartoffeln, Vieh, Fleisch, Fleischwaren, Zucker, Fischkon-
serven, Benzin und Benzol) noch frei. Die baldige Aner-
kennung der deutschen Bestimmungen durch die Entente ist
jedoch zu erwarten. Es muß daher empfohlen werden,
bereits jetzt für einzuführende Waren, mit Ausnahme der
ausdrücklich zur Einfuhr freigegebenen und in einer in der
Geschäftsstelle der Handelskammer zur Einsicht ausliegenden
Einfuhrfreiliste zusammengestellten Waren die Genehmigung
der zuständigen Stellen einzuholen. Da im übrigen beim
Uebergang vom besetzten nach dem unbesetzten Gebiet die
Auffang-Organisation für alle einem Einfuhrverbot unter-
liegenden Waren nunmehr in Tätigkeit treten wird, besteht
die Gefahr, daß auch inländische Waren beim Uebergang
als ausländische angesehen und beschlagnahmt werden. Der
Reichswirtschaftsminister hat sich jedoch damit einverstanden
erklärt, daß inländische Waren, die nicht ohne weiteres
als solche erkennbar sind, durch Beglaubigung der Fracht-
briefe durch die zuständige Handelskammer vor Beschlag-
nahme geschützt werden. Weitere Auskunft in dem Einzel-
fall wird von der Geschäftsstelle der Handelskammer bereit-
willig erteilt.

In Ergänzung vorstehender Mitteilung teilt die Handels-
kammer Wiesbaden mit, daß ihr vom Reichskommissar für
die besetzten rheinischen Gebiete, Koblenz, nachstehendes
Telegramm zugegangen ist: Rheinlandkommission erhebt
gegen Anwendung deutschen Gesetzes betreffend Regelung
der Einfuhr vom 16. 1. 1917 keine Einwendung. Reichs-
kommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung hat sämtliche
Zollstellen nunmehr angewiesen, künftig alle diejenigen Waren,
deren Einfuhr nur mit besonderer Bewilligung gestattet ist,
auch über Grenze des besetzten Gebietes nur mit besonderer,
in seinem Namen erteilten, Bewilligung zur Einfuhr zuzulassen.
Zur Erleichterung des Ueberganges sind Zollstellen des besetzten
Gebietes ermächtigt, alle Waren, die bis zum 5. April
einschließlich mit Bestimmung nach besetzten Gebiet abgehandelt
und bis 18. April einschließlich an der Grenze eingetroffen
sind, ohne besondere Einfuhrbewilligung hereinzulassen.

* Stiftungsfest. Anlässlich seines Stiftungsfestes am
18. April 1920 veranstaltet der Stenographenklub für
Wiesbaden und Umgebung ein Wetschreiben in beiden
Systemen (Gabelberger und Stolz-Schrey). Im
Interesse der Fortentwicklung und weiteren Ausbildung
in der Stenographie liegt es, daß jeder Stenotypist und
jede Stenotypistin sich an diesem Wettbewerb beteiligt, wel-
cher in drei Klassen von 80 Silben abgehalten wird.
Anmeldungen unter Angabe der Silbenzahl werden in
der Geschäftsstelle Dohheimerstraße 44 II entgegengenom-
men.

Lizenzen
werden vergeben

Goldene Medaille
1913
Stb. Staatspreise

Beständig
empfohlen

Überall
ausführbar

AMBI-Massivbau

D. R. P.

100 **AMBI, Abt. I** Berlin-Johannisthal.

Guthmann

Damen-Konfektion
Kleider-Stoffe

laufend Neu-Eingänge.

Wiesbaden, Schalles Eck.

Aus dem besetzten Gebiet.

Koblenz, 3. April. Nach Mitteilung des Reichs-
kommissars für die besetzten rheinischen Gebiete ist die Zu-
fassung folgender Gesetze für das besetzte Gebiet durch die
interalliierte Rheinlandkommission erfolgt: Reichsverord-
nungen, betreffend a) Strafbestimmungen für Zuwiderhand-
lungen gegen die Bahnvorschriften vom 21. Mai 1919. b)
Bahnpflicht vom 10. Juni 1919. c) Ausscheiden aus dem
Beurlaubtenstand vom 21. Januar 1920. d) Kapitalan-
tenentschädigungsgesetz vom 13. September 1919. e) Ueber-
gang des Militär-Pensions- und Versorgungswesens auf
das Reichsarbeitsministerium vom 5. Oktober 1919. f)
Verkehr mit Juden vom 29. Januar 1920. g) Verleumdung
mit Falschheiten vom 30. Januar 1920. h) Erleichterung
zur Anzeigepflicht nach § 180 der Reichsabgabenordnung
vom 27. 1920. — Reichsbestimmungen betr.

1) vom 10. November 1920 betr. Abänderung der Ausfuhrbestimmungen zu der Bekanntmachung über den Verkehr mit Leim vom 14. Oktober 1916. 2) Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr edler Metalle vom 18. April 1917. 3) Reichsgesetz über Feuerungszuschläge zu den Gebühren der Rechtsanwältin und Gerichtsvollzieher vom 18. Dezember 1919. — Preussische Gesetze, betr. 4) vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 18. Juli 1919. 5) Bürger- und Gemeindericht der Frauen und die weitere Durchführung der Gemeindericht vom 15. Juli 1919.

Kunst und Wissenschaft.

Im Flugzeug zum Südpol? Wie aus London geschrieben wird, hegt man in England zur Zeit einen umfassenden Plan der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Ausbeutung des Südpols. Das britische Luftministerium und eine Anzahl wissenschaftlicher Vereinigungen werden gemeinsam die nicht unerheblichen Geldmittel aufzubringen trachten. Die Ausreise der Expedition soll im Juni stattfinden. Zum Leiter ist Dr. John E. Cope ausgerufen, der bereits als Biologe und Arzt an der Shackleton-Expedition teilnahm. Die Absicht besteht zunächst, Lage und Ausdehnung der mineralischen Schätze zu bestimmen, die nach sicheren Erkundungen sich in jenen Zonen finden. Sodann wird die Frage ihrer Ausbeutung ernstlich erwogen. Des weiteren sollen die Wandertwege der Walfische von Grund aus erforscht werden, sowie die magnetischen und meteorologischen Verhältnisse im Südpolarmeer wie deren Einwirkung auf Australien, Neuseeland und Südafrika. Erst zum Schluss wird das ganze antarktische Festland umschifft und an einer besonders günstigen Stelle zum Südpol im Flugzeug aufgestiegen. Die Gesamtbauer der Forscherfahrt wird auf fünf Jahre veranschlagt. Während dieser fünf Jahre will Cope die Verbindung mit der Zivilisation mittels Funkfunks aufrecht erhalten und dazu eine Anzahl von Funkstellen errichten. Im Juni wird die Abfahrt von Wellington auf Neuseeland stattfinden; die Reise wird über Macquarie Island und Scott Island, wo Wetter- und Tiefseeforschungen betrieben werden sollen, nach New Harbour auf Vitorialand (77. Breitengrad) führen. Hier soll das Hauptquartier der Forscher aufgeschlagen werden. Von da aus werden dann eine Reihe kleinerer Forschungs- und ozeanographischen Zwecken unternommen. Die Umseglung der antarktischen Küste dient in erster Linie dazu, die Küstenlinie festzulegen und die Möglichkeit der wirtschaftlichen Ausnutzung dieser Küste für Walfischfang und Bergbau gründlich zu untersuchen. Die große Eis-schranke, die sich weiter südwärts gebirgigartig erhebt und deren höchste Stellen eine Höhe von 4000 Metern erreichen, soll dann im Flugzeug überquert werden; dabei wird das in ewigem Schnee und Eis starrende Festland mit Lichtbildern festgehalten und das ganze Land bis zum Südpol auf der Landkarte genau eingezeichnet. Die Gesamtkosten der Expedition dürften dreieinhalb Millionen Goldmark übersteigen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Ausgabe von Gerstenmehl und Reis.

Die Ausgabe von Gerstenmehl und Reis für Kinder und Kranke findet Donnerstag, den 8. ds. Mts., von 9—10 Uhr, vormittags, gegen Vorzeigung der Ausweise auf Zimmer 4 im Rathause statt. Ein Paket Gerstenmehl und 1 Paket Reis kostet 1.25 Mk. Die Beträge sind unbedingt abgezählt mitzubringen.

Betr. Mutterberatung.

Die nächste Mutterberatung findet am Donnerstag, den 8. ds. Mts., nachm. 4 Uhr, im ev. Schweisternhause statt.

Als gefunden ist gemeldet:

Ein Portemonnaie mit Inhalt.

Als zugelaufen ist gemeldet:

Eine Gans.

Näheres auf Zimmer 1 im Rathause.

Schierstein, den 6. April 1920.

Der com. Bürgermeister: Kessels.

Kaufe Altmaterial

Lumpen, gestrickt. Wollumpen, Papier zum Einstampfen und Zeitungen, Metall gef. Höchstpr.

J. Gauer, Wiesbaden, Helenenstr. 18.

Telefon 1832.

Telefon 1832

Raffanische Kriegsversicherung. Letzte Bekanntmachung.

Bei der nunmehr vorzunehmenden Abrechnung werden gemäß § 4 der maßgebenden Bedingungen alle Sterbefälle berücksichtigt, die bis

spätestens 10. April 1920

(d. i. 3 Monate nach Friedensschluß) unter den versicherten Kriegsteilnehmern infolge einer im Kriege erlittenen Verwundung oder erworbenen Krankheit eingetreten sind.

Die mit der Anmeldung ihrer Ansprüche noch rückständigen Hinterbliebenen von gefallen und versicherten Kriegsteilnehmern werden nunmehr zum letzten Male (vergl. unsere Bekanntmachung vom Juli—August 1919) aufgefordert, ihre Ansprüche unter Einreichung der Anteilscheine und der großen ständesamtlichen Sterbeurkunde (bei Vermissten gerichtliche Todeserklärung) umgehend,

spätestens bis zum 21. April 1920

bei uns anzumelden. Ansprüche, die nach diesem Zeitpunkt angemeldet werden, können bei der Abrechnung nicht mehr berücksichtigt werden.

NB. Wer seine Ansprüche bereits angemeldet und die Bestätigungskarte von uns erhalten hat, braucht keine weiteren Schritte mehr zu unternehmen.

Die fällige Leistung der Kasse wird den empfangsberechtigten Hinterbliebenen unter Mitteilung der Abrechnung im Laufe des Monats Mai durch die Post übersandt.

Wiesbaden, im März/April 1920.

Direktion der Raffanischen Landesbank.

(Abt. Raff. Kriegsversicherung).

Preiswerte Frühjahrs-Kleidung.

Sakko-Anzüge Mk. 295, 395, 500, 675.

Sport-Paletots und Ulster Mk. 275, 420, 600, 800

Einzelne Hosen Mk. 45, 69, 90, 150, 210.

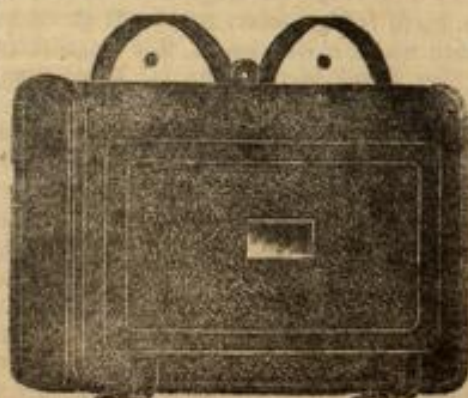
Echte Münchener Loden-Mäntel und Capes für Herren und Damen.

Konfirmanden- und Kommunikanten-Anzüge.

Knaben-Sakko und Joppen-Anzüge. Einzelne

Knie- und Leibhosen.

Bruno Wandt, Wiesbaden, Kirchgasse 56.



Schul- ranzen

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Offertiert als

Spezialität.

U. Letschert, Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 10.

Atelier für mod. Photographie F. Stritter, Bleibich, Rathausstrasse 10

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild.

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6 Uhr. Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6 1/2 Uhr geöffnet.

Lokal-Gewerbeverein Hauptversammlung.

Samstag, den 10. April, abends 7 1/2 Uhr „Raffauer Hof“.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Jahres- und Schulberichts.
2. Rechnungsablage und Entlastung des Rechnungsführers.
3. Ergänzungswahl des Vorstandes, der Rechnungsprüfer; Wahl der Abgeordneten für die am 20. April in Limburg stattfindende Generalversammlung.
4. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Ziegenzuchtverein Schierstein

Bei der letzten stattgefundenen Ziehung wurden folgende Anteilscheine gezogen und zwar zu 5 Mk. Nr. 3, 8, 41. Zu 2 Mk. Nr. 43, 47, 10, 54, 26, 44, 12, 23, 15, 6, 2, 11, 27, 33.

Gegen Vorzeigung der Anteilscheine können die Ziehungen bei unserem Rechner, F. Bettendorf, in Empfang genommen werden und muß bei der Abholung bis 15. April 1920 erfolgt sein.

Der Vorstand.

Möbel!

Schlafzimmer

2- u. 3-tür. Spiegelschränke in Eiche, Kirschbaum u. weiß lackiert.

Küchen

gerade und rund vorgebaut, in Kiefern u. echt Buche, Speisezimmer

schwer Eichen

in großer Auswahl, kaufen Sie billig in der Schreinerei v. Karl Becker, Mainz, Mittlere Bleiche 30.

Alleinmädchen

selbständig im Kochen, in kleinen Privat-Haushalt sofort gesucht. Lohn 80 Mk.

Biebrich a. Rh.

Rheingaustraße 17, pt. Vorzustellen nur vormittags oder schriftlich.

Stempel

liefert Niemand schneller als die Rhein. Stempelfabrik.

Wiesbaden, Kirchgasse 7, Telefon 3765.

Läuferfischweil

zu verkaufen. Wo, sagt die Expedition.

Kernseife,

la Qualität Nr. 6. F. Zimmermann,

Wiesbaden, Kirchgasse 10.

Karbid,

Karbid-Lampen,

Kaffeeröster, Gaslampen Brenner, Zyl., Glühbirnen, Gasöfen und Schmelzöfen, Brat- u. Backhauben, Eisenwannen, Zapfhähne, Gas- und Wasserleitungen zu verkaufen.

Krause, Wiesbaden, Welltriftstraße 10.

Saubere

Medizinflaschen

kauft

Jakob Weiss, Zell.

Ausnahmestage

bis 10. April.

Der grossen Nachfrage wegen geben wir Jedem, der sich bei uns 6 oder mehr Bilder bestellt,

GANZ UMSONST

Sonntags von 9—2 Uhr geöffnet.

eine Vergrößerung seines eigenen Bildes (einschl. Karton 30×36 cm).

Sonntags von 9—2 Uhr geöffnet.

Samson & Co. G. m. b. H.

Photogr. Atelier u. Vergrößerungsanstalt mit billigen Preisen. Telefon 1986. Wiesbaden, Gr. Burgstr. 10. Fahrstuhl.

Trotz Teuerung billige Preise.

Vergrößerung nach jedem Bilde.

Paßbilder

auf Wunsch sofort lieferbar

Paßbilder

auf Wunsch sofort lieferbar